

„Das ist illegale Parteienfinanzierung!“

DIE FRAKTION geht seit Jahren gegen die mutmaßlich illegale Förderung des „Ring Politischer Jugend“ vor

Seit dem Jahr 2017 beschäftigt sich DIE FRAKTION mit der sogenannten „institutionellen Förderung“ des Vereins „Ring politischer Jugend“ (RPJ) durch Gelder aus dem Haushalt der Stadt Frankfurt. DIE FRAKTION reichte schon zum Haushalt des Jahres 2017 einen Etat Antrag ein, der die sofortige Beendigung der Förderung forderte. Dies wurde wiederholt von der Regierungskoalition aus CDU, SPD und GRÜNE abgelehnt.

Wer wird gefördert?

Schon seit Jahrzehnten existiert nicht nur auf kommunaler Ebene in Frankfurt der Ring politischer Jugend (RPJ), sondern in vielen Kommunen aller 16 Bundesländer, sowie deren übergeordneter Landes-

verbände und ein Bundesverband. Ein Konstrukt, mit dem aus öffentlichen Fördertöpfen einzig der Nachwuchs etablierter Parteien unterstützt wird. In Frankfurt sind dies nur die Junge Union, die Jusos, die JuLis und die Grüne Jugend.

Was ist problematisch?

Parteien dürfen nach dem Parteienfinanzierungsgesetz nur Gelder von der Bundestagsverwaltung erhalten. Reicht der RPJ Mittel aus dem städtischen Haushalt einfach an zu einer Partei gehörige Jugendorganisationen weiter, wird dieses

Gesetz unterlaufen. Nicht nur in den Augen der FRAKTION ist das eine illegale Parteienfinanzierung und höchst undemokratisch. Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg kam 2012 zur gleichen Einschätzung.

Was tut DIE FRAKTION?

Es wurde eine Klage gegen die Stadt Frankfurt eingereicht und Anzeige erstattet.



WAS IST DAS? – „RING POLITISCHER JUGEND“

Der „Ring politischer Jugend“ ist ein eingetragener Verein, der für sich selbst als Hauptaufgabe die politische Bildung von jungen Menschen definiert hat. Dafür erhält der Verein derzeit rund 25.000 Euro aus dem Haushalt der

Stadt Frankfurt. Diese Gelder werden jedoch exklusiv an die Jugendorganisationen von CDU, SPD, Grüne und FDP verteilt. Die anderen Parteien, Organisationen und Bildungsträger erhalten hiervon leider nichts.

Was geschieht jetzt?

Im Stadtparlament hat DIE FRAKTION seit 2017 über 20 Anfragen und Anträge gestellt, die von CDU, SPD, Grüne sowie FDP abgelehnt wurden, da sie um die Gelder für ihre eigenen Jugendorganisationen fürchten. Auf begründete juristische Einwände hat die zuständige Stadträtin Daniele Birkenfeld (CDU) jede konkrete Antwort bislang verweigert.

DIE FRAKTION WIRKT

Organspendeausweis für Frankfurter:innen

Einer Initiative der FRAKTION aus dem Mai 2019 ist es zu verdanken, dass in den Frankfurter Bürgerämtern Organspendeausweise und dazugehöriges Infomaterial an die Bürger:innen ausgehändigt werden. Laut Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sind 81 Prozent der Deutschen grundsätzlich zu einer Organ- und Gewebeentnahme nach dem Tod bereit. Doch viele Spendewillige haben



bislang noch keinen Organspendeausweis ausgefüllt. Dabei ist die Situation für viele Menschen geradezu dramatisch. Etwa 10.000 Menschen warten derzeit deutschlandweit auf ein Spenderorgan. Mit diesem Angebot schaffen wir eine niedrigschwellige Möglichkeit, die Bürger:innen Frankfurts über Organspende zu informieren und ihnen einen Ausweis zur Verfügung zu stellen.

Ein Parkhausleitsystem in Echtzeit

Nicht nur das Verkehrsaufkommen der Zukunft entwickeln, sondern den aktuellen Zustand verbessern: Die Stadtverordneten haben einem Antrag der FRAKTION zugestimmt, das digitale Parkleitsystem auszubauen und für die Autofahrerinnen und Autofahrer einfacher zu präsentie-

ren. Auf der Homepage der Frankfurter Parkhausgesellschaft können sich Besucherinnen und Besucher der Stadt in Echtzeit informieren, in welcher Garage noch Platz ist. So können unnötige Wege bei der Parkplatzsuche vermieden werden. Darüber hinaus arbeitet der Bundesverband Parken an einer Lösung, mit der die Parkhausdaten künftig beispielsweise in Google verfügbar werden.

www.parkhausfrankfurt.de

Eigenständiges Caricatura

Zum zehnjährigen Bestehen des Caricatura Museums, Museum für Komische Kunst, wurde das „Schönste Museum der Welt“ im Jahr 2018 vom Historischen Museum (HMF) losgelöst. Damit wird das Karikaturenmuseum nicht mehr nur als Abteilung des HMF

geführt. DIE FRAKTION hat die Eigenständigkeitsbestrebungen des Caricatura Museums von Beginn an parlamentarisch begleitet und immer wieder eine Stärkung der Komischen Kunst in der „Hauptstadt der Satire“ gefordert. Die Hartnäckigkeit hat sich gelohnt: Im September 2018 stimmten die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung endlich dem Antrag der FRAKTION zu.

Gegen LSBTIQ-freie Zonen in Frankfurts Partnerstadt

Eine klare Linie bei Menschenrechtsverletzung in der Partnerstadt Krakau fordert DIE FRAKTION. „Diskriminierung muss Konsequenzen haben!“ ist die Devise der FRAKTION, die einen dringlichen Antrag vorgelegt hatte, weil Frankfurts Partnerstadt Krakau droht, eine sogenannte „LSBTIQ-freie

Zone“ zu werden. Bereits fünf Regierungsbezirke, 37 Landkreise und 55 Gemeinden in Polen haben sich zu solchen Zonen erklärt. DIE FRAKTION würde die Städtepartnerschaft mit Krakau in Frage stellen, sollte die Stadtverwaltung dort Menschen aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer Sexualität diskriminieren.

Tempo 100 auf dem Mainkai

DIE FRAKTION forderte in einem Antrag die Einrichtung einer Kraftfahrstraße auf dem Mainkai. „Den Frankfurter Autofahrer:innen soll die Möglichkeit gegeben werden, das aufzuholen, was ihnen durch den Verkehrsversuch in den zwölf Monaten verwehrt geblieben war.“ Flugs folgte die CDU dem Antrag der FRAKTION und öffnete den Mainkai wieder für den Autoverkehr.

Politiker des Monats



Dr. Dr. Rainer Rahn (AfD)
Von Martin Kraft – Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=78434874>

„Frankfurt braucht einen zweiten Citytunnel“

Frankfurt hat sich nicht zuletzt mit der Annahme des Maßnahmenpakets des Radentscheids auf die Fahnen geschrieben, in den kommenden Jahren eine grundlegende Verkehrswende einzuleiten und den motorisierten Individualverkehr im Stadtgebiet drastisch zu reduzieren. Um dies erreichen zu können, müssen – neben einer Fahrpreisreduzierung – dringend weitere Kapazitäten für den ÖPNV geschaffen werden. Der bestehende S-Bahn-Tunnel ist bis zur Kapazitätsgrenze aus-

gelastet und trotz Eröffnung des neuen digitalen Stellwerks störungsanfällig. Abhilfe kann hier ein neuer, zweiter Tunnel schaffen, der parallel zum bisherigen verläuft und weitere Linien aufnehmen kann. Dass dies gelingen kann, haben andere Kommunen bereits erfolgreich vorgelebt: So gibt es z.B. in München derzeit ein entsprechendes Projekt, das voraussichtlich 2028 abgeschlossen sein wird. DIE FRAKTION hat dieses Thema im Februar 2020 als Idee in den Römer einge-

bracht. Gefordert wurde die Freigabe von Geldern in der Höhe von 4 Milliarden Euro zur Planung und Realisierung des Baus eines zweiten City-Tunnels. Gleichzeitig sollte sich der Magistrat bei Land und Bund um geeignete Fördermaßnahmen bemühen, um den zur Verfügung stehenden Etat noch weiter zu erhöhen. Für eine Zukunft mit einem besseren ÖPNV führt kein Weg an einem Ausbau der Kapazitäten vorbei. Vorbild München baut seine Parallelstrecke für 3,8 Mrd. Euro und

sorgt damit für eine Verdoppelung der Kapazitäten. In Zeiten des Klimawandels, der regen Diskussion um autofreie Innenstädte und bessere Lebensqualität setzt DIE FRAKTION sich dafür ein, dieses äußerst ambitionierte Projekt voranzutreiben. Es scheint nur auf den ersten Blick groß und teuer zu sein, doch die Anstrengungen werden sich lohnen, und Generationen künftiger Frankfurter:innen werden es uns danken – falls der Magistrat doch noch zu überzeugen ist.